

# Sorauer Tageblatt

Legt.: Tageblatt Sorauerdeelauf

(Sorauer Wochenblatt)

Seitensprecher Nummer 22 und 37.

Verleger: Ronto:  
Nr. 654 Berlin W 11.

Wöchentliches Publikations-Organ des Magistrats von Christiansstadt a. B.

Redaktion:  
bei der Reichsbank

**Ercheinungsweise (freibleibend):** Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. —  
Bezugspreis: In den Ausgabestellen in Stadt und Land 1,00 Goldmark, ins  
Haus gebracht 20 Goldpfennig mehr, im Wochenbesatz 42 Goldpfennig, ins Haus  
gebracht 5 Goldpfennig mehr. Durch die Post bezogen 1,30 Gm., durch den Briefträger  
ins Haus gebracht 40 Goldpfennig mehr. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung,  
Arbeitsunterbrechung oder Auslieferung hat der Besteller keinen Anspruch auf Abholung  
oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreise:** Die 9 gepaltene Kolonetzelle für Stadt und Kreis Sorau je Milli-  
meterhöhe 5 Goldpfennig, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 7 Goldpfennig.  
Im Restemittel die 4 gepaltene Kolonetzelle je Millimeterhöhe 18 Goldpfennig. —  
Für Anzeigen durch Fernbriefträger aufzugeben, wird ein Aufschlag von 10% erhoben,  
ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. Rabatt nach festem Tarif, nur  
möglich bei sofortiger Bezahlung bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei  
Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 217

Mittwoch, den 16. September 1925

115. Jahrgang

## Zwischen London und Comerice.

Unter dieser Ueberschrift befaßt sich das „Samburger Fremdenblatt“ mit dem großen Komplex von Fragen, die im Zusammenhang mit der in Vorbereitung befindlichen Außenministerkonferenz ganz von selbst sich aufröhen. An der Spitze steht ein sehr beachtenswerter Hinweis, nämlich der, daß es nicht in der Absicht Mussolinis liegen könnte, bei seiner Beteiligung an der Regelung der Sicherheitsfrage die Brennelemente in die Debatte zu werfen, nicht nur, weil der italienische Diktator weiß, daß ein solcher Gedanke sowohl von Deutschland als auch von den Alliierten abgelehnt werde, da von der Gegenseite, also von Deutschland, die Frage eingeworfen werden könnte, ob damit etwa die Hindernisse für eine Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs als aus dem Wege geräumt gelten könnten, weil ja nur unter dieser Voraussetzung eine Brennelemente überhaupt in Betracht käme. Als Kern der kommenden Außenministerkonferenz wird der Weltakt bezeichnet. Zur Entstehungsgeschichte des deutschen Vorkonferenzbeschlusses bringt der Artikel einige zunächst für die Einstellung des deutschen Volkes zu diesem Vorhaben sehr wesentliche Bemerkungen, weil ein beständiger innerpolitischer Kampf um ihn entstanden ist. Unter Anknüpfung an die Tatsache, daß das Angebot des Außenministers Dr. Stresemann zurückginge aus dem Grunde, daß die Einsetzung des deutschen Volkes zu diesem Vorhaben sehr wesentliche Bemerkungen, weil ein beständiger innerpolitischer Kampf um ihn entstanden ist. Unter Anknüpfung an die Tatsache, daß das Angebot des Außenministers Dr. Stresemann zurückginge aus dem Grunde, daß die Einsetzung des deutschen Volkes zu diesem Vorhaben sehr wesentliche Bemerkungen, weil ein beständiger innerpolitischer Kampf um ihn entstanden ist.

land und gegebenenfalls Italien sich verpflichten, für den Fall einer Uebergriffung der deutschen Grenze durch französische Truppen, also einer flagranten Friedensverletzung Frankreichs, mit ihrer Heeresmacht Deutschland zur Seite zu stehen. Mit dem Auftreten Englands als Garant der heutigen deutschen Grenze, wäre eine wesentliche Entspannung der heutigen Lage verbunden, zumal Frankreich in seiner Antwort auf die deutsche Note ausdrücklich erklärt, sich keiner Verpflichtung entgegen zu wollen, die ihm durch die Völkerbundsatzung auferlegt wird. Dadurch erhält der Artikel 9 der Völkerbundsatzung eine besondere Bedeutung, welche die Möglichkeit der Vervollständigung geordneter Verträge vortreibt. Das bezieht sich selbstverständlich auch auf Grenzfragen, wie der Völkerbund auf Anfrage anerkannt hat. Bei der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund darf man sich nicht von Gefühlsregungen bestimmen lassen; denn sonst müßte man diplomatische Beziehungen zur halben Welt ablehnen, weil unter Gefühl von den Mächten der halben Welt aufs härteste beleidigt worden ist. Nur in einem Punkte wird unbedingt unserem Gefühl Rechnung getragen werden müssen: daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unmöglich eine Anerkennung der moralischen Schuld Deutschlands am Weltkriege in sich schließen darf, und daß die Anerkennung des Artikels 11 mit den heutigen Grenzen nur erträglich ist durch die Ergänzung mit dem Artikel 9, der die Revisionsmöglichkeiten für die Grenzen in sich schließt. Was aber den Einwand unseres Verhältnisses zu Rußland betrifft, so widerspricht es vollkommen den Tatsachen, daß unser Eintritt gegen Rußland gerichtet sei. Für den Anschluß an den Völkerbund spricht aber wiederum die Erwägung, in ganz anderer Weise für die deutschen Interessen einzutreten zu können, als wenn wir außerhalb des Völkerbundes blieben, wozu uns die Mitgliedschaft im Völkerbundsrat trotz der zu unseren Ungunsten erfolgten Aenderung anderer Satzungsbestimmungen die Möglichkeit gibt. Selbstverständlich dürfen die Satzungen des Völkerbundes in Hauptfragen nicht zu Ungunsten Deutschlands geändert und die Einmütigkeit des Völkerbundsrats für seine Beschlüsse nicht beseitigt werden. Alles in allem aber würde der Eintritt in den Völkerbund Deutschland mehr Vorteile als Nachteile verschaffen und seiner aktiven Außenpolitik keineswegs mehr Fesseln angelegt werden, als bei der heutigen Bedrohung Deutschlands durch die Entente, die ihm kaum einen freien Schritt möglich macht. Zunächst aber sind mündliche Verhandlungen notwendig. Erst in den Verhandlungen wird sich zeigen, ob auf beiden Seiten der Wille zur Befriedung Europas vorhanden ist. London brachte die vorläufige Lösung der Reparationsfrage. Die nächste Konferenz muß die Lösung der Sicherheitsfrage sein und daran muß sich die wirtschaftliche Verständigung der großen Industrielandes Europas anschließen mit dem Ausblick auf ein wirtschaftliches Gebilde der europäischen Gemeinschaft anstelle des heutigen Europa, das an das alte Deutschland mit seinen Aufgaben von Staaten und Zollsystemen erinnert.

## Die Rückkehr des Reichstanzlers.

Berlin, 15. Sept. Reichstanzler Dr. Luther wird wahrscheinlich schon am Dienstag abend wieder in Berlin eintreffen, um mit dem Außenminister Dr. Stresemann die alliierte Einladung zu erörtern. Am Mittwoch begibt sich der Kanzler nach dem Ruhrgebiet, um aber schon am Donnerstag abend oder Freitag früh wieder nach Berlin zurückzukehren. Es verlautet heute, daß Dr. Luther auf eine Besprechung mit den Parteiführern haben wird, deren Ansichten noch vor dem am Montag stattfindenden Kabinettsrat gehört werden sollen.

## Die Haltung der Deutschnationalen.

Berlin, 15. Sept. In den politischen Kreisen ist der Eindruck entstanden, daß die deutschnationalen Parteien hinsichtlich der bevorstehenden Sicherheitskonferenz in einer kritischen Situation befinden. Ein Teil der Deutschnationalen lehnt auf dem Standpunkt, daß die Partei keineswegs die Verantwortung für den Vorkriegsstand der Sicherheitsfrage übernehmen dürfe. Wie wir erfahren, werden die deutschnationalen Führer in der nächsten Woche im Anschluß an die Beratungen des Reichskabinetts eine eingehende Besprechung über die außenpolitische Lage abhalten. Es ist vorgesehen, daß der deutschnationale Vertreter im Auswärtigen Amt des Reichstages, der voraussichtlich am Mittwoch der nächsten Woche zusammentritt, eine besondere Erklärung seiner Partei abgeben soll.

## De Monzie in Berlin.

Der französische Unterrichtsminister de Monzie traf gestern abend 9 Uhr mit dem Außenminister Dr. Stresemann in Berlin ein. Zum Empfang hatte sich am Bahnhof der französische Botschafter, der französische Generalkonsul und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes eingefunden. Wie die Blätter betonen, hat der Aufenthalt de Monzies in Berlin lediglich den Zweck kultureller Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Bei der angefügten Unterredung mit dem Preussischen Kultusminister wird de Monzie wahrscheinlich auch die Frage der Einheitslösung ansprechen, über die er bereits in seinem Kopenhagener Vortrag gesprochen hat. Der Minister wird heute abend Berlin wieder verlassen.

## Zur bevorstehenden Außenministerkonferenz.

London, 15. Sept. (Radiobericht des „S. T.“) Der diplomatische Berichtler des „Daily Telegraph“ schreibt, der wichtigsten und ersten Gegenstand der bevorstehenden Konferenz der Außenminister werde der eigentliche Rheinlandpakt mit seinen Abhängen, dem französisch-deutschen und den deutsch-deutschen Schiedsvertrag, bilden. Falls und sobald eine Vereinbarung erreicht sei, werde möglicherweise das schwierige Problem des deutsch-polnischen und des deutsch-schwedischen Schiedsvertrages in Angriff genommen werden. Hierbei würden der polnische und der schwedische Außenminister sich an den britischen Delegierten nachhaltig bemühen, wenn auch nicht völlig fernhalten würden, denn wenn auch Großbritannien seine Verpflichtungen im Hinblick auf die europäischen Differenzen übernehmen wolle, könne es nicht mit Gleichgültigkeit die möglichen Folgen betrachten, welche die Gruppe föderaler Verträge für es als Träger der Weltgrenzen und der entmilitarisierten Zone herbeiführen könnten. Angehend habe Chamberlain neuerdings eingeleitet, daß die völlige Abtrennung der östlichen Verträge von den westlichen nur in der Theorie und nicht in der Praxis möglich sei.

## Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Berlin, 18. Sept. Die deutsch-russischen Verhandlungen sind seit Sonnabend wieder in ein entzündliches Stadium eingetreten. In Berlin rechnet man damit, daß sich der Führer der deutschen Delegation, Geheimrat v. Körner, Anfang der kommenden Woche nach Berlin begeben wird, um der Regierung Bericht zu erstatten. Eine Besserung der Gesamtlage ist infolgedessen festzustellen, als die Russen einen Teil ihrer Sonderforderungen endgültig zurückgelassen haben. Dagegen bestehen noch ziemlich viel Schwierigkeiten hinsichtlich des Westbaltischen Reiches für den deutschen Handel im asiatischen Ausland.

## Vom Internationalen Friedenskongreß.

Luxemburg, 14. Sept. Auf dem Internationalen Friedenskongreß reden von deutscher Seite noch Prof. Quade über die Sicherung des Friedens, Struwe-Riel über die Sicherung des Weltfriedens und der Zollgrenzen und über die Einführung einer internationalen Währung, endlich noch der Abgeordnete Bergsträßer-Polsdam über die Weisensverbindlichkeit des deutschen und französischen Geldes. Es wurde eine Reihe von Entschuldigungen angenommen, in denen u. a. die Annahme der deutschen Sicherheitsvorstellungen

und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gefordert werden. Der Maratonsprecher mußte alsbald durch einen Friedensschluß beendet werden.

Eine Delegation des Kongresses wurde vom Staatsminister Primm in Brüssel zum Empfangen. Auf dem Schlußabend überreichte der luxemburgische Kammerpräsident Blum dem Kongresspräsidenten Marc Saurin den Ehrenbürgerlichen Ehrenausweis. Ein Ausfluß beschloß die diesjährige Tagung des Friedenskongresses.

## Ein französisch-rumänischer Geheimvertrag?

Aus Bukarest wird dem „Lofasanz“ berichtet: Der Pariser rumänische Gesandte Diamandi ist vor einigen Tagen hier plötzlich eingetroffen. Es verlautet, daß seine Reise mit dem glücklichen Abschluß der französisch-rumänischen Verhandlungen über einen politischen und militärischen Geheimvertrag in Zusammenhang stehe. Der Vertrag soll Bestimmungen für den Fall eines Konfliktes mit England oder Ungarn weitestgehende Sicherung bieten, gleichzeitig aber auch die Interessen der mit Frankreich verbündeten Polen und Tschechen wahren. Frankreich würde damit auf die militärischen Maßnahmen Rumäniens ein fast uneingeschränkter Einfluß eingeräumt sein, auch wäre ihm im Kriegsfall der Oberbefehl zugesprochen.

## Ein neuer Vorstoß der polnischen Propaganda gegen Danzig.

Wie aus polnischen Veröffentlichungen hervorgeht, ist in Thorn durch den polnischen Weltmarkenverein ein sogenanntes „Baltisches Institut“ ins Leben gerufen, das sich u. a. auch mit den Danziger Problemen beschäftigen soll. Wer die Ziele des polnischen Weltmarkenvereins kennt, weiß, daß eine solche Gründung nur eine Gründung gegen Danzig sein kann. Er ist deutschfeindlich bis zur äußersten Konsequenz eingestellt.

Von besonderer Bedeutung ist es daher, daß der Leiter der „Gazeta Gdanaska“, des polnischen Organs in Danzig, vorschlägt, den Verein der Polen in Danzig, die Gmina Polska, in eine Filiale des Balt. Instituts zu verwandeln. Das heißt mit anderen Worten, die ghaninischen Polen, die sich um die „Gazeta Gdanaska“ gruppieren, die aber keineswegs die Mehrheit der Danziger Staatsbürger polnischer Sprache vertreten, wollen auf Umwegen die Organisierung der Danziger Polen zu einem Ableger des Weltmarkenvereins, des üblichen Auswüchses der nationalfeindlichen Propaganda, machen. Man wird von Danziger Seite auf der Hut sein müssen, damit Danzig nicht schließlich eine Organisation beherrscht, die das staatliche Eigenleben und die nationale Freiheit Danzigs bedroht, die auf ihre Wahrung die Annexion der Preistadt geschrieben hat.

## Caillaux' Schuldentilgungsplan.

Paris, 14. Sept. Wie „Chicago Tribune“ mitteilt, wird Finanzminister Caillaux am Montag nach Amerika einfliegen, um unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die französischen Schulden bei Amerika 30 Prozent höher sind als bei England, in Washington Zahlungsverbindungen in Höhe von etwa 75 Millionen Dollar vorzuschlagen und im übrigen dieselben Bedingungen zu erreichen suchen, die er in London erzielt hat. Er wird insbesondere die Bezahlung der eigentlichen Kriegsschulden mit den Reparationszahlungen in Verbindung zu bringen suchen, die Frankreich von Deutschland aus dem Dawesplan empfängt. Caillaux will also einen Unterschied zwischen den politischen Schulden und den Handelsschulden gemacht wissen. Dies ist einer der schwierigsten Punkte, denn die Vereinigten Staaten hätten stets betont, daß die Zahlungsfähigkeit Frankreichs in keiner Beziehung zu den Summen stehe, die es von Deutschland erhalte. Das amerikanische Schicksal werde sich dagegen, das Problem der Kriegsschulden mit dem der Reparationen in Verbindung zu bringen, schon deshalb, weil die Vereinigten Staaten den Versailles Vertrag nicht unterzeichnet haben.

## 4. Internationaler Kongreß für Unfallheilunde und Berufsanstalten.

Saag, 13. Sept. Der IV. Internationale Kongreß für Unfallheilunde und Berufsanstalten ist gestern abend in Schweperungen mit einem Festessen, an dem zahlreiche offizielle